



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI



Vielleicht, weil den Unternehmen langsam der Kragen platzt, oder auch, weil am 10. April die Zahlen der im Jahr 2014 getätigten Vergaben veröffentlicht wurden – jedenfalls ist das Landesvergabegesetz wieder ein heißes Eisen.

In Südtirol werden über öffentliche Vergaben bei Lieferungen, Dienstleistungen und Arbeiten jährlich knapp 800 Mio. € bewegt. Der Großteil der Aufträge geht an Firmen mit Rechtssitz in Südtirol. Von den Auftragssummen her gesehen bleibt das Geld zu 66,8% in Südtirol, zu 28,7% geht es in andere italienische Provinzen und zu 6,5% ins Ausland.

Zur Neuordnung der Vergabe von öffentlichen Aufträgen haben sich der Unternehmerverband Südtirol und die Gewerkschaften CGIL/AGB, SGBCISL, UIL-SGK und ASGB auf eine Reihe von Prinzipien geeinigt. Sie zielen

auf die Qualität und Wirtschaftlichkeit von Dienstleistungen, Arbeiten und Lieferungen ab. Vorweg, es ist ein gutes Dokument. Gemeinsame Absicht ist es, Stabilität und unternehmerische Entwicklung zu fördern, Arbeitsplätze zu garantieren und damit das soziale Gleichgewicht in Südtirol zu stützen. Die Arbeitnehmerorganisationen haben durchsetzen können, dass der Wert der Arbeit in den Mittelpunkt gestellt wird. Das Einhalten von Sozialklauseln stellt nämlich nicht nur eine Garantie für die Arbeiter dar, sondern bezeugt auch die Qualität des Unternehmens selbst. Explizit gefordert werden die Anwen-

Gut vergeben ist halb gewonnen

*Die Fertigstellung des **neuen Landesvergabegesetzes** kommt jetzt in die heiße Phase. Über die Kernpunkte sind sich die Sozialpartner weitgehend einig. Die Landespolitik räumt sich noch etwas Zeit ein, um alle gesetzlichen Spielräume auszuloten: Sie will Nägel mit Köpfen machen.*

dung des nationalen Kollektivvertrags bzw. eventueller, auf territorialer Ebene verhandelter Zusatzvereinbarungen. Um einem unlauteren Wettbewerb und dem Sozialdumping vorzubeugen, soll sichergestellt werden, dass Vorschriften zur Beschäftigung und Arbeitssicherheit eingehalten werden – auch nach erfolgtem Zuschlag.

Inzwischen lässt das für Mai 2015 angekündigte neue Landesvergabegesetz auf sich warten. Landeshauptmann Arno Kompatscher nennt dafür drei gute Gründe: Erstens werde zeitgleich sowohl an der Formulierung des Gesetzes

als auch an den dazugehörigen Durchführungsbestimmungen gearbeitet; es solle ein wirklich gutes, stimmiges Regelwerk zustande kommen. Zweitens versuche man, den EU-Rahmen mutig auszureizen. Und drittens würden mögliche Streitfragen vorab mit Rom abgeklärt, um das Risiko einer nachträglichen Anfechtung von Auftragsvergaben durch die Regierung zu minimieren. Es liege also im Interesse der späteren Anwender, wenn man von vorn herein Nägel mit Köpfen mache. Argumente, die wir gelten lassen wollen, vorausgesetzt, es handelt sich um wenige Monate.